

**Bundesanstalt für Züchtungs-
forschung an Kulturpflanzen**

**Gründungsleiter
der BAZ verstorben**



Am 28. März 2005 verstarb Herr Professor Dr. Dr. h.c. em. Gerhardt Alleweldt. Prof. Alleweldt, Jahrgang 1927, war der erste Leiter der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ). Er übernahm das Amt mit der Gründung der BAZ im Jahr 1992 und leitete den Aufbau der jungen Bundesanstalt bis zum Jahr 1995. Mit seinem wissenschaftlichen Wirken am Institut für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen war er bereits seit 1956 mit der Züchtungsforschung an Kulturpflanzen verbunden.

Sowohl national als auch international hat sich Prof. Alleweldt immer mit großer Leidenschaft für die Belange der Resistenzzüchtung eingesetzt. Bekanntestes Ergebnis seiner züchterischen Arbeiten am Geilweilerhof ist die Rebsorte REGENT.

Dem Engagement von Prof. Alleweldt ist es zu verdanken, dass das wissenschaftliche Potenzial der Züchtungsforscher Deutschlands nach der Wiedervereinigung gebündelt und unter dem Dach der BAZ zusammengefasst wurde.

Prof. Alleweldt war ein hervorragender Wissenschaftler und Vorbild für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAZ. Er war nicht nur Leiter, sondern auch Freund und eine Persönlichkeit, die stets verantwortungsvoll und menschlich handelte.

(BAZ)

**Bundesforschungsanstalt für
Ernährung und Lebensmittel**

**Standorte werden
aufgegeben**

Das Bundesverbraucherministerium wird die Konzentration in der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL) weiter vorantreiben. Die Forschungsanstalt wird an den Standorten Karlsruhe (Hauptsitz), Kiel, Kulmbach und Detmold konzentriert; die Standorte Hamburg (Forschungsgebiet Fischqualität) und Münster (Fettforschung) werden aufgegeben. Das hat Bundesministerin Renate Künast jetzt entschieden.

Die BFEL war zum 1. Januar 2004 errichtet worden. Dazu wurden die Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel, die Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung in Detmold und Münster, die Bundesforschungsanstalt für Ernährung in Karlsruhe, die Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach sowie ein Institutsteil der Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg zusammengelegt. (Senat)

**Biologische Bundesanstalt
für Land- und Forstwirtschaft**

**Kleinmachnow
neuer Standort Ost**

Der Standort Ost der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) wird dauerhaft in Kleinmachnow

südlich von Berlin errichtet. Damit wird dem Beschluss der unabhängigen Föderalismuskommission Rechnung getragen, den Anstaltsteil Berlin-Dahlem – dort wurde vor mehr als 100 Jahren die Vorläufereinrichtung der BBA angesiedelt – in das Land Brandenburg zu verlagern.

Am Standort Kleinmachnow befinden sich bereits jetzt Teile der BBA. Künftig sollen dort mehr als 100 Dauerarbeitsplätze in mehreren Instituten zur Verfügung stehen. Damit wird die langjährige Tradition auch dieses Standorts fortgeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand dort das Zentrum der Pflanzenschutzforschung der DDR. (Senat)

**Biologische Bundesanstalt
für Land- und Forstwirtschaft**

**Chemischen
Pflanzenschutz
reduzieren**

BBA richtet Internet-Forum ein

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) hat im Rahmen der Neuausrichtung der Verbraucherschutz- und Agrarpolitik einen breiten Dialog zur zukünftigen Pflanzenschutzpolitik in Gang gesetzt. Um diesen Prozess auszugestalten und Expertenwissen zu bündeln, wurde mit Beteiligung der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) ein Beirat „Reduktionsprogramm im Pflanzenschutz“ gegründet, der Vorschläge für ein



Eingang zum Forschungsstandort Kleinmachnow: Auch künftig wird es hier zur BBA gehen.

nationales Reduktionsprogramm entwickelt hat. Diese Vorschläge waren die Grundlage für das „Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz“, das Bundesministerin Renate Künast im Oktober 2004 in Berlin vorgestellt hat. Ziel des Programms ist es, die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf das notwendige Maß zu begrenzen und die Anwendung nichtchemischer Pflanzenschutzmaßnahmen voranzutreiben.

Die BBA informiert auf ihrer Homepage www.bba.de ausführlich über das Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz und über eigene Aktivitäten im Rahmen dieses Programms. Gleichzeitig ist geplant, ein Internet-Forum für Meinungsäußerungen und Diskussionen zu allen Fragen der Pflanzenschutzpolitik zu schaffen. Über die E-Mail-Adresse Forum-Pflanzenschutz@bba.de hat bereits jetzt jeder Interessierte die Möglichkeit, Fragen zu stellen oder sich zum Pflanzenschutz zu äußern.

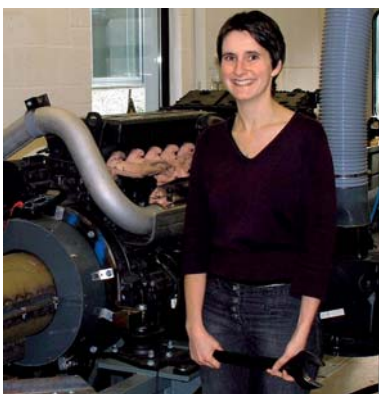
(Senat)

Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)

Forschung für sauberere Dieselabgase

FAL-Diplomandin ausgezeichnet

Frau Dipl.-Ing. (FH) Liane Herbst wurde im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im März 2005 mit dem Georg-Simon-Ohm-Preis für



Die Preisträgerin Liane Herbst am Motorversuchsstand der FAL

die bundesweit beste Diplomarbeit im Fach Physikalische Technik ausgezeichnet.

Die Untersuchungen, die Frau Herbst im Rahmen ihrer Diplomarbeit am Institut für Technologie und Biosystemtechnik der FAL durchführte, konzentrierten sich auf die Analyse so genannter polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoffe (PAK). Angehängt an Rußpartikel gelangen diese „huckepack“ mit dem Abgas in die Umwelt und über die Atemwege in den menschlichen Körper. Als krebserregend eingestuft, ist die präzise Bestimmung ihrer Konzentration im Abgas ein wesentlicher Beitrag zur toxikologischen Bewertung von biogenen Kraftstoffen wie Biodiesel. (FAL)

Bundesinstitut für Risikobewertung

Wasserpfeifen: Keine harmlose Alternative

Mit Wasserpfeifen assoziieren die meisten Menschen hierzulande wohl eher Begriffe wie Orient, fremde Kulturen und exotische Basare. Die steigende Zahl der Anfragen, die beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zu den Gesundheits- und Suchtgefahren des Wasserpfeifenkonsums eingeht, deutet aber darauf hin, dass auch in Deutschland, insbesondere von Jugendlichen, Tabak zunehmend auf diese Weise konsumiert wird. Das BfR hat die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken bewertet.

Dabei kommt das Institut zu dem Ergebnis, dass der Gebrauch von Wasserpfeifen kaum weniger schädlich ist als der Konsum von Zigaretten. Die wenigen bislang vorliegenden wissenschaftlichen Studien deuten darauf hin, dass über den Rauch von Wasserpfeifen sogar größere Mengen an Schadstoffen wie Teer und Kohlenmonoxid aufgenommen werden als über filterlose Zigaretten. Im Rauch von Wasserpfeifen wurden außerdem krebserregende Substanzen wie Arsen, Chrom und Nickel in zum Teil hohen Konzentrationen nachgewiesen. Nach langjährigem Wasserpfeifenkonsum wurden unter anderem Verschlechterungen der Lungenfunktion und ein erhöhtes Risiko für Tumorerkrankungen beobachtet.



K. Perchtold

Für die Suchtwirkung des Tabaks ist der Inhaltsstoff Nikotin verantwortlich. Die Aufnahme hoher Nikotinmengen und die damit verbundenen Sucht- und Gesundheitsgefahren stellen nach heutigem Kenntnisstand das größte Problem bei der Nutzung von Wasserpfeifen dar. Um die Gesundheits- und Suchtgefahren quantitativ bewerten zu können, sind weitere Untersuchungen notwendig. Vor allem fehlt es an standardisierten Verfahren zur Messung der Schadstoffgehalte im Wasserpfeifenrauch. (BfR)

Nicht so harmlos, wie man denkt: Wasserpfeife

Senat der Bundesforschungsanstalten

Forschung des Bundes formiert sich neu

Ein neues Mitglied bereichert seit Februar 2005 die deutsche Forschungslandschaft: die „Arbeitsgemeinschaft der Ressortforschungseinrichtungen“. Mehr als 30 Bundeseinrichtungen mit Forschungsaufgaben, unter ihnen die Bundesforschungsanstalten des Verbraucherminderministeriums, haben sich auf der Gründungsversammlung in Berlin zusammengesprochen, um künftig mit einer Stimme sprechen zu können. „Wir wollen die besonderen Belange und Stärken der Ressortforschung gegenüber der Politik, der Öffentlichkeit und den übrigen Forschungsorganisationen vertreten“, erklärte der frisch gewählte Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Prof. Dr. Manfred



Der fünfköpfige Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Ressortforschungseinrichtungen bei der Gründungsversammlung im Preußischen Landtag zu Berlin: (v.l.n.r.) Prof. G. Flachowsky, Prof. M. Hennecke, Prof. J. Löwer, Dr. W. Strubeit, J. Thießen

Hennecke, Präsident der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung.

Alle teilnehmenden Einrichtungen sind in die Geschäftsbereiche einzelner Bundesministerien (Ressorts) eingebunden. Sie dienen als Ratgeber für politische Entscheidungen oder tragen dazu bei, die technische Infrastruktur der Bundesrepublik zu verbessern. Ihre besondere Stärke liegt darin, Forschungsthemen langfristig und kontinuierlich bearbeiten zu können.

Zusätzlich erbringen die meisten Einrichtungen wichtige, zum Teil gesetzlich festgelegte Leistungen auf den Gebieten der Prüfung, Zulassung und Regelung. Damit kommen die wissenschaftlichen Erkenntnisse auch dem Gemeinwohl sowie Praxis und Wirtschaft zugute. „Das ist in der öffentlichen Wahrnehmung nicht immer genügend bekannt“, meint Professor Hennecke.

Neben einer verstärkten Außendarstellung hat sich die Arbeitsgemeinschaft die Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Arbeit auf die Fahnen geschrieben. Als Grundlage für den Zusammenschluss dient ein Positionspapier mit dem Titel „Forschen – prüfen – beraten“, das die Aufgaben und Besonderheiten der Ressortforschung beschreibt (abrufbar unter www.ressortforschung.de). Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ging auf eine Initiative des Senats der Bundesforschungsanstalten des Verbraucherministeriums zurück. (Senat)

Senat der Bundesforschungsanstalten

Zusammenarbeit mit der FAO aktivieren

Delegation des Senats führte Gespräche in Rom

Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Forschungseinrichtungen im Geschäftsbereich des Bundesverbraucherministeriums (BMVEL) und der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zu intensivieren, hat eine fünfköpfige Delegation des Senats der Bundesforschungsanstalten am 18./19. Mai 2005 in Rom Gespräche mit führenden FAO-Vertretern geführt. Als Organisation, die sich besonders dem Wissenstransfer und dem Aufbau von Kompetenzschwerpunkten in den Zielregionen verpflichtet fühlt, ist die FAO sehr an Kooperationen bzw. an der Entwicklung von Netzwerken auf verschiedenen Ebenen interessiert (z. B. gemeinsame Projekte, Bereitstellung von Experten). Gegenwärtig hat die FAO weltweit rund 600 Kooperationsverträge mit verschiedenen Partnern abgeschlossen.



Als Gebiete, die für Kooperationen besonders in Frage kommen, wurden unter anderem genannt: Pflanzen- und tiergenetische Ressourcen, Ressourcenmanagement (Wasser, Land u. a.), Tierschutz und Tiergesundheit, nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie, Pflanzenschutz, Nachhaltigkeit der Agrar-, Forst und Fischereiwirtschaft, Probleme der Unter- und Überernährung, Ökolandbau, ländliche Entwicklungen und Armutsbekämpfung, Auswirkungen der Globalisierung sowie grenzüberschreitende Probleme (z. B. Tierseuchen, Schadstoffe in Luft und Wasser).

Eine Zusammenarbeit könnte konkret über den Austausch von Visiting Experts und Doktoranden, durch gemeinsame Forschungs- und Beratungsprojekte sowie durch gemeinsame Tagungen erfolgen. Erleichtert würden diese Aktivitäten durch ein Rahmenabkommen zwischen BMVEL und FAO (Memorandum of Understanding). (Senat)

Friedrich-Loeffler-Institut

Erster „Born-after-ban“ Fall in Deutschland

BSE-Kontamination durch weitergenutzte Futtermittel nicht auszuschließen

Das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) auf der Insel Riems hat am 4. Mai 2005 den ersten BSE-Fall bei einem Rind aus Deutschland bestätigt, das nach dem Inkraft-Treten des Verfütterungsverbots für Tiermehl und Tierfett zum 2. Dezember 2000 geboren worden war. Bei dem Tier handelte es sich um ein ca. 46 Monate altes weibliches Rind aus Bayern, das im Rahmen der BSE-Monitoring-Untersuchungen bei verendeten Tieren aufgefallen war. Das FLI konnte den Verdacht mit Hilfe eines immunhistochemischen Nachweises des pathologischen BSE-Prion-Proteins im Hirnstamm des Tieres bestätigen.

Es war nicht zu erwarten, dass mit dem Inkrafttreten des Verfütterungsverbots schlagartig keine Neuinfektionen von Rindern mit BSE mehr auftreten. Das Auftreten so genannter 'BARB' (born after the

real oder reinforced ban') Fälle ist bereits aus Großbritannien bekannt. Solche Fälle sind vermutlich auf die Weiternutzung noch vorhandener Futtermittelvorräte zurückzuführen, die noch mit BSE-Prionen kontaminiert waren. Gegenwärtig werden vom FLI in Zusammenarbeit mit den bayerischen Behörden weitergehende epidemiologische Untersuchungen durchgeführt, um die vermutliche Infektionsquelle für das BSE-infizierte Rind zu finden.

Auch das Vorkommen spontaner (d.h. nicht infektionsassoziierter) BSE-Fälle bei Rindern (analog zu den spontanen CJD-Fällen beim Menschen) kann nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden. Die zeitliche Nähe des Geburtsdatums des jetzigen Falles zum In-Kraft-Treten des Verfütterungsverbots lässt aber eine spontane Entstehung dieses Falles nach Ansicht des FLI weniger wahrscheinlich erscheinen. (FLI)

Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung

Beginn einer „Naturwirtschaft“

ZALF kooperiert mit Naturpark Märkische Schweiz

Um die Attraktivität der Märkischen Schweiz als Naherholungsgebiet weiter zu erhalten und zu erhöhen, werden die Landschaftsforscher des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V. die Leitung des Naturparks Märkische Schweiz mit ihrer Forschung unterstützen. Das ZALF entwickelt vielfältige Konzepte, um standortangepasste Nutzungen zusammenzubringen.

Damit nun diese Konzepte mit Leben erfüllt werden können, unterzeichneten am 23. Februar 2005 der Direktor des ZALF, Prof. Hubert Wiggering, und der Leiter des Naturparks Märkische Schweiz, Dr. Meinhard Ott, eine Kooperationsvereinbarung. Ziel dieser Vereinbarung ist ein gegenseitiger Daten- und Informationsaustausch zu Fragen der Landschaftsgenese, der Landnutzung und Landnutzungsgeschichte sowie des Landschaftswasserhaushalts.



Der Zuflug von Kranichen (hier in der Märkischen Schweiz) wird von Naturschützern und Landnutzern unterschiedlich gern gesehen.

Agrarlandschaftsforschung kann nicht im „luftleeren Raum“ betrieben werden, sie bedarf einer experimentellen Basis. Dementsprechend werden sich beide Partner auch bei zukünftigen Untersuchungen in der Landschaft unterstützen. Fragen der Landschaftsentwicklung mit teilweise anfänglich unterschiedlichen Interessen zu analysieren und zukünftige Vorgehensweisen miteinander in Einklang zu bringen wird für beide Seiten nutzbringend sein. (ZALF)

Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)

Absatzprobleme für deutsches Ökorindfleisch

Hohe Produktionskosten und niedrige Rentabilität

Ähnlich wie im konventionellen Bereich ist auch die ökologische Rindfleischproduktion in Deutschland durch relativ hohe Produktionskosten gekennzeichnet. Im Öko-Segment kommen häufig Absatzschwierigkeiten und eine geringe Rentabilität hinzu. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Betriebswirtschaft der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig.

Das Autorenteam aus deutschen und internationalen Experten analysierte die Stärken und Schwächen der ökologischen

Rindfleischproduktion in Deutschland im Vergleich zu Frankreich, Österreich, der Tschechischen Republik und Argentinien. Darüber hinaus wurden Vermarktungsinitiativen in Frankreich, Österreich, Großbritannien und der Schweiz hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse untersucht.

Bei der Analyse typisch ökologisch wirtschaftender Betriebe in den Untersuchungsländern zeigte sich, dass die deutschen Betriebe auf der Erlösseite stark sind, was aber im Wesentlichen an den hohen Direktzahlungen liegt. Schwächen der deutschen Betriebe sind hauptsächlich die hohen Produktionskosten und die vergleichsweise geringe Rentabilität. Auch nach der Agrarreform werden Öko-Betriebe zukünftig mit Einkommensrückgängen rechnen müssen.

Handlungsbedarf sieht das Expertenteam hauptsächlich auf der Absatzseite und bei den beteiligten Marktpartnern selber. So kann das Ökorindfleisch in vielen Fällen nur konventionell vermarktet werden, also zu gleichen Preisen wie konventionell erzeugtes Rindfleisch. Eine Differenzierung der Absatzkanäle könnte sich hier positiv auswirken. Eine höhere Produktqualität, eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Marktpartnern und eine verstärkte Werbung für Ökorindfleisch sind weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.

Die Studie wurde vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft gefördert und im Rahmen des International Farm Comparison Network IFCN (www.ifcnnetwork.org) durchgeführt. (FAL)